

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Dienstag, den 8. Oktober 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Ein weitblickender Politiker.

Die Nationalliberalen haben in Hannover ihrem verdorbenen Führer v. Bennigsen ein Denkmal gesetzt. Habeant sibi — mögen sie! In unseren Tagen, wo jeder Duzendpotentat und Operettengeneral in Stein und Erz an die Straßenecken gestellt wird, können sich die Toten geehrt fühlen, die man mit einem Denkmal verschönt. Eugen Richters Andenken sollen gleich zwei Standbilder festhalten und, wenn einst die gewinnenden Tügel der Liebert, Peters und Konforten der Nachwelt in Bronze guss erhalten werden sollen, wir haben nichts dagegen.

Etwas anderes ist es, wenn aus dieser Denkmals-Entscheidung eine sogenannte nationale Sache gemacht wird. So spricht die „Kölnische Zeitung“ davon, daß das „Gefühl dankbarer Bewunderung“ vor dem Denkmal in Hannover über die Grenzen der Landschaft und der Partei hinausgeht: „Es ergreift jeden, dem noch die Fähigkeit verblieben, über große Zeiten und Männer groß zu denken.“ Und auch Bülow hat sein geistiges Scherzlein zu der Denkmalsentheilung durch ein Telegramm beigefeuert:

An der schönen Feier, die heute so viele gute, deutsche Männer im Andenken an Rudolf v. Bennigsen vereinigt, nehme ich in Gedanken den wärmsten Anteil. Das Bild dieses weitblickenden Politikers und edlen Menschen aus den großen Tagen der Gründung des Deutschen Reichs möge unserer Zeit eine Mahnung sein, an selbstlosem Idealismus und Liebe zu Volk und Vaterland nicht zurückzutreten.

Bülow, der bei mehr als einer Gelegenheit eine merkwürdige Gesichtsäußerung bekundet hat, hält Bennigsen für einen weitblickenden Politiker — Bismarck, der auch etwas davon verstand und seinen Bennigsen kannte, titulierte ihn und seinesgleichen Karlsen-Wiehnick-Politiker. Das ist politische Geschmacksache! Aber jedenfalls kam Bismarcks Urteil der historischen Wahrheit erheblich näher, und außer Bülow und den Parteifreunden Bennigsen dürfte es in Deutschland wenig Leute geben, denen die „Fähigkeit, über große Zeiten und Männer groß zu denken, in so eigentümlicher Maße innewohnt, daß sie Bennigsen für einen weitblickenden Politiker hielten, und vor allem wird das Denkmalsbrimborium von Hannover in den Massen der politisch strebenden Bevölkerung keinerlei Echo finden.

Mit Recht nicht! Denn mag Bennigsen hoch über dem stehen, was sich heute in der nationalliberalen Partei als Führer gebärdet und spreizt, er war doch zeitweilig ein passiver Held und hat für seine Partei mehr verpaßt als erreicht. Sein Lebensgang ist der des Nationalliberalismus. 1859 wurde der geborene Hannoveraner Präsident des Deutschen Nationalvereins, der der Sehnsucht der Bourgeoisie in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten nach der „Einheit“ Deutschlands, nach einem einheitlichen Produktions- und Handelsfeld Ausdruck verlieh, aber, anstatt an die Arbeitermassen heranzutreten und die Umgestaltung Deutschlands im bürgerlichen Sinne durch eine Revolution von unten herbeizuführen, ein einiges Deutschland mit preussischer Spitze durch die preussischen Sajanette: durch die Revolution von oben erstrebte. Das war der erste Sündenfall der liberalen Bourgeoisie, an dem Bennigsen sein gestrichenes Maß Schuld trägt. 1866 und 1870 brachten dieser Sehnsucht die Erfüllung, ohne daß der Liberalismus besondere politische Vorteile dabei herausgeschlagen hätte. Söhnisch erklärte Bismarck später einmal, die Nationalliberalen wußten gar nicht, wie viel sie nach 1866 hätten erringen können, wenn sie nur einige Courage gehabt hätten. Aber die Courage hatte weder Bennigsen noch seine Parteifreunde, hatte sie auch in den sieben letzten Jahren nach 1871 nicht, in denen die nationalliberale Herde aus den Regierungsfutterkrippen fraß, um dafür im Interesse des „Kulturkampfes“ Bismarck auf den Pfiff zu folgen. Statt daß Bennigsen trotz auf den Schild des Bürgertums gepocht hätte, feierte er das „seltene Glück“, daß ein Mann von solcher Bedeutung wie Fürst Bismarck nicht nur seine ganze Persönlichkeit, nein, auch die ganze Macht und alle Hilfsquellen des preussischen Staates in die Wage geworfen hat, um die deutsche Einheit durchzuführen“. Bismarck lohnte ihm schlecht. Denn als Bennigsen 1878 ein Ministerportefeuille ausgeschlagen hatte, weil er sich doch nicht ganz zum liberalen Strohmann der reaktionärsten Politik machen wollte, als die Wahlen die nationalliberalen Bataillone dezimiert hatten und es nun auf der Bahn der Hochschulpolitik mit Bollbampf vorwärts ging, da wurden die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, daß sie quietisten, und waren in dem Reichstag der Jahre 1887 bis 1890 nur mehr eine willige und billige Schutztruppe

der Regierung. Von 1883 bis 1887 hatte sich Bennigsen dem politischen Leben ferngehalten, 1887 sprang er wieder in die Reihen und wurde 1888 von Wilhelm II. zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannt. Dieses Amt führte er zehn Jahre hindurch in einer Weise, daß niemand auf den Gedanken kommen konnte, in der Partei-Bezeichnung nationalliberal nach dem Wort liberal zu suchen. 1902 starb er müde und einsam: den gänzlichen Zusammenbruch seiner Partei mitzuerleben, war ihm nicht erspart geblieben.

Er war der berufene Führer der Fraktion Drehscheibe, denn Prinzipien waren für ihn nur da, um umgangen zu werden. „Einer Partei,“ führte er einmal aus, „die ihre Prinzipien absolut und in vollständigem Umfange verwirklichen will und sich nicht begnügt, das Wesentlichste zur Durchführung und Anerkennung zu bringen, wird es ergehen, wie es den extremen Parteien von links und rechts zu allen Zeiten ergangen ist.“ Möge man ihm diese Worte aufs Denkmal setzen, denn sie kennzeichnen den Mann und die nicht „extreme“ Partei, der es mit diesen Grundätzen höchst übel ergangen ist, aber das Geschick von dem „großen Mann“ und „weitblickenden Politiker“ möge man beiseite lassen!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Zeugniszwangskolter in Tätigkeit.

Nach Bayern und Baden wendet nun auch die Justiz im Reichsland die Zeugniszwangskolter gegen Redakteure zur Erzwingung ehrlosen Berrats an. Wie wir schon berichteten, wurde Genosse Schneider, Redakteur an unserem Straßburger Parteiblatt, der „Freien Presse“, im Gerichtssaal vom Flecke weg verhaftet. Grund: Er wollte den Verfasser eines Artikels nicht nennen!

Schon die Vorgeschichte ist äußerst bezeichnend. In dem schönen Städtchen Bismarck (bei Straßburg) herrscht die niedliche Sitte, daß bei Verteigerung von Holz durch die Gemeinde die Holzhändler gemäß vorheriger Vereinbarung sich nicht überbieten, vielmehr einen billig steigern lassen und dann unter sich weiter verkaufen. Außenstehende werden abgefunden. In diesen sinnigen, dem Gemeindefackel nicht eben nützlichen Manövern beteiligte sich auch ein Mitglied des Gemeinderats, das auf den Namen Mayer hört. Gegen ihn ging das sozialdemokratische Gemeinderatsmitglied Thomas energisch vor. Über diese Sitzung wurde in der Straßburger „Freien Presse“ berichtet. Folge: Holzhändler Mayer klagte gegen Genossen Thomas, und zwar erstens: weil er ihn durch seine Rede im Gemeinderat beleidigt habe; und zweitens: weil er den Bericht über die Sitzung, in der die inkriminierte Rede gehalten wurde — angeblich — verfaßt habe. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht verlief kläglich. Nicht nur daß Genosse Thomas das Bestehen der angegebene idyllischen Sitte bewies; er stützte sich überhaupt wegen seiner Äußerung im Gemeinderat auf den § 193 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen); und schließlich machte sein Anwalt geltend, daß der Strafantrag zu spät gestellt war. Es blieb also Herrn Holzhändler Mayer nichts übrig, als sich auf die angeblichen journalistischen Schandtaten des Genossen Thomas zu stützen. Aber auch hier fuhr er ab, Genosse Thomas bestritt die Verfälschung. Und nun ließ der brave Mann den verantwortlichen Redakteur der „Freien Presse“, Genossen Schneider als Kronzeugen zittern. Was zu erwarten war, trat ein. Genosse Schneider verweigerte jede Aussage. Darauf stellte der gegnerische Anwalt Reiß aus Straßburg, ein entschiedener Angehöriger der liberalen Partei in Straßburg, den Antrag, den widerspenstigen Redakteur wegen Verweigerung des Zeugnisses zu bestrafen und zur Erzwingung des Zeugnisses sofort in Haft zu nehmen. Und also sprach der Richter, ein junger Gerichtsassessor namens Hamm. Genosse Schneider wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und ohne weiteres ins Gefängnis abgeführt!

Gleichzeitig mit der Nachricht, daß Genosse Schneider in Zeugniszwangshaft genommen wurde, kommt die Meldung, daß gegen den Genossen Sauerbeck von der „Schwäbischen Tagwacht“ zu Stuttgart ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden ist. Unser Stuttgarter Parteiorgan schreibt unterm 4. Oktober:

„Der Ruhm, den sich Bayern und Baden vor einigen Monaten mit dem Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure erworben hat, läßt Scheinstern die württembergische Justizverwaltung nicht ruhen. Gestern war unser verantwortlicher Redakteur R. Sauerbeck als Zeuge vor den Untersuchungsrichter geladen, um Auskunft zu geben über den Verfasser einer nicht sehr bedeutsamen Notiz aus Bismarck, die vor einigen Tagen in der „Schwäbischen Tag-

wacht“ veröffentlicht wurde. Da Sauerbeck trotz allen Zuredens bei seiner strikten Weigerung, den Namen des Einsenders zu nennen, beharrte, wurden ihm schließlich eine Geldstrafe von 20 Mark und die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Es scheint, als ob allmählich auch die abschaulichsten politischen Unsitzen in Württemberg importiert werden sollen. Die württembergische Justiz hat sich schon mehr als einmal bemüht, die Namen der Verfasser unbehaglicher „Tagwacht“-Artikel kennen zu lernen. Wenn es ihr auf dem seither üblichen Wege der einfachen Befragung und eventuell noch der Hausungung nicht gelang, so stellte sie ihre Bemühungen ein. Zwangsmittel zur Erpressung einer unehrenhaften Tat anzuwenden, das blieb dem Zeitalter vorbehalten, in dem der Justizminister Schmidlin die Gerechtigkeit verwalte unter der Oberhoheit des Herrn v. Weizsäcker.

### Eine völlige Wiederherstellung der Hörigkeit

verlangt die „Tageszeitung“ zur Linderung der sogenannten Leutenot. Sie geschehen eine Zuschrift, in der der Erlass eines Reichsgesetzes verlangt wird, das u. a. bestimmen soll: „Die während einer bestimmten Zeit im Inlande zugelassenen ausländischen Arbeiter dürfen nur in der Landwirtschaft beschäftigt werden.“ Die Anwerbung soll nur durch ein staatliches Institut geschehen, das entsprechende Legitimationen ausstellt. „Jeder ausländische Arbeiter, der ohne eine Legitimation im Inlande getroffen wird, hat sofortige Ausweisung zu gewärtigen. Dasselbe trifft zu, wenn ein Ausländer, auch wenn er im Besitze der Legitimation ist, außerhalb seines Beschäftigungsortes vagabondierend getroffen wird. Auf Antrag des Arbeitgebers kann seine Zurückführung in seinen alten Beschäftigungsort erfolgen.“ Unternehmer, die Arbeiter ohne eine solche Legitimation beschäftigen, sollen bestraft werden, im Wiederholungsfall sogar mit Gefängnis. „Wird von ausländischen Arbeitern während der Erntezeit ein Streik herausbeschworen, so haben die Urheber Gefängnisstrafen und daneben die Ausweisung zu gewärtigen.“ Am Schluß heißt es dann frech und keck: Sache der maßgebenden Körperschaften ist es, in der geschilderten Weise zu verfahren.

Das ist wieder einmal ein Schulbeispiel agrarischen Patriotismus. Der Staat ist dazu da, den Herren billige Arbeitskräfte zu besorgen. — Werden kann ja aus der Geschichte nichts, weil man damit nur die ausländischen Arbeiter aus dem Lande jagen würde, aber als Dokument agrarischen Denkens, das im Arbeiter keinen Menschen, sondern nur ein Werkzeug sieht, verdient der Vorschlag überall bekannt zu werden.

### Die bayerische Regierung und die Streiks.

Im bayerischen Landtag interpelliert die Sozialdemokraten über Eisenbahnverhältnisse und bei dieser Gelegenheit wurde von unseren Genossen auch kritisiert, daß die Eisenbahndirektion bei dem gegenwärtigen Streik im Transport- und Speditionsgewerbe in München Eisenbahnarbeiter zur Güterabfuhr herangezogen habe. Das bedeute eine Begünstigung des Streikbruchs durch die Staatsbehörde, ein Vorgehen, das ganz und gar im Widerspruch stehe zur früheren Äußerung der bayerischen Minister, daß sie sich auf den Standpunkt des Abschlusses von Tarifverträgen, als einzigen Mitteln zur Wahrung des sozialen Friedens, stellten. Die Güterabfuhr in München besorgt nämlich die Lade-Innung, die die Lohnforderungen der Speditionsarbeiter anzunehmen bereit war, aber durch den Arbeitgeberverband, dem sie angehört, auf Grund einer hohen Konventionalstrafe gezwungen war, von einem Zugeständnis abzusehen. Nun stand aber die Eisenbahndirektion mit der Lade-Innung in einem Kontraktverhältnis, von dem die Direktion die Innung in einer Bekanntmachung entband, „da die Bahn die Güterabfuhr selbst in Regie nehme“.

Der Minister v. Frauendorfer übernahm es, die Eisenbahndirektion zu verteidigen. Er betonte, er habe ein lebhaftes Interesse an einem Entgegenkommen der Arbeitgeber gehabt und bedauerte, daß es nicht gezeigt wurde. Wenn er auch die Form des Erlasses der Eisenbahndirektion nicht billigen könne, sachlich müsse er mit deren Maßnahmen einverstanden sein. Die Güterabfuhr sei von Tag zu Tag gewachsen und hätte alle Räume überfüllt. Nun habe er aber als Verkehrsminister der Allgemeinheit gegenüber eine große Verantwortung und dürfe nicht, indem er die Hände in den Schoß lege, zusehen, wie Handel und Wandel stocken. In zwei bis drei Tagen wäre ganz München in die größte Katastrophe geraten, wenn er nicht zu der Maßnahme der Heranziehung von Eisenbahnarbeitern gegriffen hätte. Er begriffe wohl, daß diesen Arbeitern damit etwas zugemutet wurde, was sie empfindlich berühren mußte, aber er habe sich geradezu in einer Notlage befunden. Er müsse unter allen Umständen über seine Arbeiter und Angestellten verfügen können, namentlich in solchen Fällen, in denen das Interesse von Tausenden von Menschen in Betracht komme.





# Leo Leibholz & Co.

Lübeck.

Holstenstrasse 25/33.

## Herbst- u. Winter-Neuheiten

### Kleiderstoffe

**Tuche**  
werden von der Mode  
bevorzugt.

---

**Damen-Tuch**  
ganz ausserordentlich  
vorteilhaft  
ca 120 cm breit, in vielen  
Farben, besonders glanz-  
reiche Ware

**3<sup>00</sup>**  
Meter Mk.

- Cheviots** einfarbig, 90—130 cm breit, reine Wolle in allen Farben  
Meter 3.75 2.50 1.80 1.45 1.20 1.15 Mk., **85** Pfg.
- Satin-Tuche** einfarbig, 90—110 cm breit, reine Wolle in neuesten Farben  
Meter 4.25 2.95 2.25 1.75 **1<sup>25</sup>** Mk.
- Kammgarn u. Crêpes** einfarbig, 90—110 cm breit, schwarz und farbig  
Meter 4.25 2.70 2.10 1.60 **1<sup>15</sup>** Mk.
- Tuche** einfarbig, 90—140 cm breit, reine Wolle in hervorragend guten Qualitäten  
und grösster Farbauswahl . . . . . Meter 7.25 5.00 4.50 3.60 3.00 **1<sup>95</sup>** Mk.
- Schwarze Stoffe** 90—120 cm breit, in allen modernen Webarten  
Meter 5.00 3.00 2.15 1.80 1.10 Mk., **85** Pfg.
- Block-Karos** letzte Neuheiten in Foulé, Tuchkammgarn u. Cheviot, für Kostüme  
und Blusen . . . . . Meter 4.50 3.00 2.50 2.00 1.75 1.50 **1<sup>25</sup>** Mk.
- Band-Streifen** Saison-Neuheit für Kostüme und Blusen  
Meter 4.50 3.00 2.25 2.00 1.75 **1<sup>25</sup>** Mk.
- Schwere Stoffe** in Herren-Geschmack für Kostüm-Röcke und Paletots, 130 bis  
140 cm breit . . . . . Meter 4.50 3.75 3.25 **2<sup>50</sup>** Mk.
- Blusenstoffe** modernste deutsche und ausländische Fabrikate in reicher Auswahl  
Meter 4.75 3.00 2.30 2.00 1.75 1.25 Mk., **80** Pfg.
- Weisse u. hellfarbige Stoffe** für die Ballsaison  
Meter 4.25 3.00 2.10 1.60 1.30 1.10 Mk., **80** Pfg.  
Halbseidene Gewebe speziell für Brautkleider.

### Seidenstoffe

**Braun  
lila  
Grün**  
sind streng  
**moderne Farben.**

- Blusen-Seide** reizende Neuheiten in gestreift, kariert, schottisch etc. in den  
modernsten Farbanstellungen . . . . . Meter 5.75 3.00 2.50 2.25 **1<sup>85</sup>** Mk.
- Einfarbige Seidenstoffe** für Kleider und Blusen in Qualitäten und vielen  
modernen Farben, Luisine, Paillette, Messaline,  
Duchesse . . . . . Meter 5.75 4.50 3.90 3.55 3.25 2.75 2.50 2.20 1.90 **1<sup>75</sup>** Mk.
- Schwarze Seidenstoffe** in jeder Art, glatt und gemustert  
Meter 5.75 4.50 3.55 3.25 2.75 1.90 1.75 **1<sup>60</sup>** Mk.
- Braut-Seidenstoffe** in allen geeigneten Geweben  
Meter 5.25 3.90 3.65 2.95 2.65 **2<sup>20</sup>** Mk.

### Sammete

**Die grosse Mode  
in  
weinrot, braun,  
lila, grün.**

- Blusen-Sammete** gestreift und kariert, aparte Neuheiten  
Meter 3.75 2.60 2.25 1.95 **1<sup>35</sup>** Mk.
- Einfarbige Sammete** in vielen Qualitäten und Farben  
Meter 4.75 3.95 2.75 2.25 **1<sup>85</sup>** Mk.
- Velvets** in glatt und gerippt  
für Röcke und Blusen  
Meter 3.20 2.60 **2<sup>10</sup>** Mk.

### Halbfertige Roben

**Halbfertige  
Blusen**  
aparte Neuheiten  
in reicher Auswahl.

- Halbfertige Robe** India-Küll . . . . . von **4<sup>50</sup>** bis **33<sup>00</sup>** Mk.
- Halbfertige Robe** Japan, weiss und farbig . . . . . von **14<sup>50</sup>** bis **48<sup>50</sup>** Mk.
- Halbfertige Robe** Tüll, weiss und schwarz . . . . . von **12<sup>50</sup>** bis **80<sup>00</sup>** Mk.
- Halbfertige Robe** Tuch mit reicher Stickerei.

**Fahrstühle Besichtigung ohne Kaufzwang!** Telefon 775 und 294.  
nach allen Etagen.







